

Armin Jelenik
Redakteur
Politische Redaktion
Nürnberger Nachrichten

VERLAG NÜRNBERGER PRESSE
DRUCKHAUS NÜRNBERG GmbH & Co. KG
Marienstraße 9 – 11
90402 Nürnberg
Tel.: +49 911 216-2513
Fax: +49 911 216-2432
E-Mail: armin.jelenik@pressenetz.de

Interview mit Prof. Dr. Dr. F. J. Radermacher, Forschungsinstitut für anwendungsorientierte Wissensverarbeitung/n, Ulm

1. "Märkte für Menschen" lautet das Motto der ConSozial. Sind menschliche Märkte angesichts der Weltwirtschaftskrise und entfesselter Marktmächte nicht inzwischen eine Illusion?

In der Tat hat die ungenügend regulierte Globalisierung der letzten zwei Jahrzehnte neben Fortschritten für einige die Situation für viele Menschen eher verschlechtert. Die aktuelle Weltfinanz- und –wirtschaftskrise ist in der Sache eine Bankrotterklärung für die marktradikale Philosophie sogenannter freier Märkte. Es gilt jetzt, die weltökonomischen Prozesse zu zivilisieren: ökosozial statt marktradikal.

2. Haben wir aus dem Desaster die richtigen Schlüsse gezogen?

Das muss sich noch klären. Im Moment findet ein verdecktes Ringen zwischen den Machtzentren des Finanzkapitals und den Regierungen der Welt, soweit sie Ideen der sozialen Balance, national und international, vertreten, statt. Der Ort des Handelns auf Weltebene ist jetzt vor allem die G20. Es gibt hoffnungsvolle Zeichen, so das Vorgehen der G20 gegen Steuerparadiese oder z. B. die Verfolgung von Insiderhandel an Börsen durch die US-Aufsicht als Bandenkriminalität. Aber ob das ausreichen wird, ist alles andere als klar. Die Gegenseite bewegt sehr viel Geld, auch in den politischen Prozess hinein, und hat deshalb sehr viel Einfluss.

3. Nicht nur in armen Ländern, sondern auch in Deutschland klafft die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Was würde die von Ihnen favorisierte weltweite ökosoziale Marktwirtschaft für die sozialen Sicherungssystem hierzulande bedeuten?

Eine Ökosoziale Marktwirtschaft, die insbesondere weltweit etabliert werden müsste, würde insbesondere die grenzüberschreitenden Wertschöpfungsprozesse und den Finanzsektor substantiell besteuern und die Finanzoasen schließen bzw. einhegen. Nach unseren Untersuchungen ist hier weltweit ein zusätzliches jährliches Steueraufkommen von bis zu 2.000 Milliarden Dollar erschließbar. Das würde nicht nur ausreichen, um die Staaten zu entschulden, es würde auch einen Rückbau der steuerlichen Belastungen im Mittelstand und eine bessere Ausstattung der sozialen Sicherungssysteme hierzulande und weltweit ermöglichen.

4. Sehen Sie Ansätze für eine Reform hin zur ökosozialen Marktwirtschaft im Koalitionsvertrag von Union und FDP?

Die Unterschiede zwischen der neuen und der bisherigen Regierung sind viel kleiner, als die öffentliche Debatte dies vermuten lässt. Unsere Regierungen bemühen sich, trotz erheblichem Druck aus weltweiten Prozessen und trotz der sehr verschärften Schuldensituation in der Folge der Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise die sozialen Systeme im Wesentlichen zu erhalten. Zu großen Verbesserungen fehlt das Geld. Eher geht es darum, Verschlechterungen zu vermeiden. Die Zukunftsfrage entscheidet sich auf globaler Ebene, etwa bei den G20 und in Europa. Ich hoffe sehr und gehe davon aus, dass Frau Merkel ihre gut durchdachte internationale Agenda weiter verfolgen wird. Hier fallen in den nächsten Jahren die wichtigsten Entscheidungen.

5. Wir haben Milliarden in die Rettung der Banken und die Stützung der Konjunktur gesteckt. Woher soll das nötige Geld kommen, um den von Ihnen propagierten Global Marshall Plan zu finanzieren?

Wir brauchen Mittel für die Umsetzung eines Global Marshall Plan, wir brauchen ebenso Mittel zur Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme in unserem und in anderen Ländern. Der Schlüssel ist einerseits ein Umbau unserer industriellen Gesellschaft in Richtung eines Global Green New Deal, zum anderen wie schon erwähnt die Besteuerung weltweiter Wertschöpfungsprozesse und vor allem des Weltfinanzsystems. Anders ist eine mit den Gedanken des Umweltschutzes und des sozialen Ausgleichs kompatible Entschuldung der Staaten nicht möglich. Wir nähern uns ansonsten entweder dem Finanzkollaps der Staaten oder aber der Brasilianisierung der Welt. Letzteres bedeutet die massive Verschlechterung des Lebensstandards bei 98 % der Bevölkerung der OECD-Staaten, ein Horrorszenario, das potentiell Krieg und Bürgerkrieg zur Folge haben kann.

6. Der weltweite Klimawandel wird eine der zentralen Herausforderungen der Zukunft sein. Welche Beschlüsse müssen Ihrer Meinung nach beim Weltklimagipfel der UN fallen?

Die aktuellen Verlautbarungen sowohl des Club of Rome (www.clubofrome.org) wie auch des Friedensnobelpreisträger-Gipfels (www.nobelforpeace-summits.org) machen deutlich, dass die Probleme im Klimabereich noch viel gravierender sind, als sie bisher international politisch diskutiert werden. Das, was in Kopenhagen adressiert wird, ist mit ziemlicher Sicherheit nicht ausreichend. Und selbst das werden wir in Kopenhagen nicht in Beschlüsse gießen können. Ich rechne mit einem rechtlich verbindlichen Rahmen für die Post-Kyoto-Zeit erst für Ende 2012. Wie bei Tarifverhandlungen werden die Kompromisse erst im letzten Moment erreicht oder überhaupt nicht. Erforderlich ist mittelfristig ein globales Cap-und-Trade-System, das wohl dem Prinzip der Klimagerechtigkeit genügen muss. Der Weg dorthin ist unterschiedlich ausgestaltbar. Aber es ist zu befürchten, dass die Kompromissbereitschaft der Regierungen, vor allem der reichen Welt, nicht ausreichen wird, diesen Schritt zu tun. In der Folge werden wir als Weltgemeinschaft die Klimakatastrophe weiter aktiv befördern. Und die meisten Menschen werden irgendwann einen hohen Preis dafür zahlen.

7. Eine Schlüsselrolle kommt US-Präsident Barack Obama zu, von dem sich allerdings derzeit viele enttäuscht abwenden. Greenpeace hat ihn schon als "Versager" bezeichnet. Sehen Sie ihn ähnlich kritisch und was ist von ihm auf dem Klimagipfel zu erwarten?

Präsident Obama ist ein Glücksfall für die Menschheit und für die USA. Der Unterschied zu seinem Vorgänger könnte kaum größer sein. Und es hilft der Herausbildung eines Weltbewusstseins, dass ein US-Präsident Positionen in der Weise vertritt, wie er das tut. Eine ganz andere Frage ist, was er als Präsident durchsetzen kann. Die Regierung Clinton/Gore hatten den Kyoto-Vertrag unterschrieben. Ratifiziert wurde er nie, da stand der US-Kongress dagegen. Und mit dem Kongress muss auch Präsident Obama zurecht kommen – nicht nur beim Klima, sondern auch im Gesundheitssektor, im Finanzsystem, in

der Automobilbranche und bezüglich all der anderen Themen, z. B. der exorbitanten Staatsverschuldung, die mit der aktuellen Weltwirtschafts- und Weltfinanzkrise verknüpft sind. Wir sollten nicht den Stab über Präsident Obama brechen, wir sollten hoffen und dazu beitragen, dass er soviel wie möglich von seiner Agenda verfolgen kann, in einer Situation, die objektiv extrem schwierig